



Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Frankfurt am Main

Jahresabschluss mit Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit nach EntgTranspG als Anlage des Lageberichts zum Geschäftsjahr vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023

Lagebericht

Grundlage des Unternehmens

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.) zählt zu den bedeutenden überregionalen Tages- und Wirtschaftszeitungen Deutschlands. Sie steht gemäß ihrer Zielsetzung für Unabhängigkeit von Regierungen, Parteien und Interessengruppen, journalistische Qualität, exklusive Nachrichten und fundierte Analysen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Verlag, die Herausgabe und der Vertrieb von Zeitungen, insbesondere der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und der „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, von Zeitschriften, Büchern und sonstigen Druckerzeugnissen aller Art, die Entwicklung und der Betrieb elektronischer Kommunikationsmittel aller Art sowie publizistische Dienstleistungen jeglicher Art. Die Umsatzerlöse werden überwiegend in Deutschland und im deutschsprachigen Teil Europas erzielt.

Die für die Unternehmenssteuerung bedeutsamsten Leistungsindikatoren sind die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis vor Ertragsteuern.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Erholung der deutschen Wirtschaft setzte sich in einem weiterhin krisengeprägten Umfeld im Jahr 2023 nicht fort. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war im Jahr 2023 geprägt durch anhaltend hohe Inflationsraten und die weiterhin restriktive Geldpolitik der Notenbanken, den andauernden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie den Überfall der Hamas auf Israel und die damit verbundenen Auswirkungen auf die globale Wirtschaftstätigkeit.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % gesunken. Die Energiepreise stabilisierten sich auf hohem Niveau und belasteten insbesondere die Industrieproduktion. Die Wirtschaftsleistung des produzierenden Gewerbes ging deutlich um 2,0 % zurück. Im Baugewerbe machten sich zunehmend die aufgrund der gestiegenen Zinsen schlechteren Finanzierungsbedingungen negativ bemerkbar. Dem hingegen konnten die meisten Dienstleistungsbereiche insbesondere die Zweige Information und Kommunikation ihre wirtschaftlichen Aktivitäten erneut ausweiten und unterstützten die Wirtschaft im Jahr 2023.

Weiterhin hohe Verbraucherpreise dämpften den privaten Konsum und führten zu einem Rückgang der Konsumausgaben von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Auch der Staat reduziert erstmals seit fast 20 Jahren seine Ausgaben (-1,7 %), was vor allem am Wegfall staatlich finanziert Corona-Maßnahmen lag.

Die Zahlen der IVW-Auflagenstatistik für das 4. Quartal 2023 zeigen, trotz Zunahme der digitalen Auflagen, eine fortgesetzte Erosion der Zeitungsauflagen. Ein signifikanter Faktor hierbei waren die erheblichen Preissteigerungen, die sich negativ auf das Konsumverhalten der Verbraucher auswirkten. Im 4. Quartal 2023 beliefen sich die verkauften Auflagen von Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen einschließlich E-Paper auf rund 12,99 Mio (i. Vj. 13,94 Mio) Exemplare und lagen damit um 6,8 % (i. Vj. 8,11 %) unter dem Vorjahreswert. Die enthaltene E-Paper-Auflage verzeichnete im 4. Quartal 2023 einen Anstieg auf 2,77 Mio Exemplare, was eine Steigerung um 7,32 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht.

Der deutsche Werbemarkt konnte sich aufgrund eines starken letzten Quartals 2023 auf Vorjahresniveau behaupten, sodass auf Jahressicht die Bruttowerbeausgaben lt. Nielsen Media Research um 0,3 % auf EUR 33,8 Mrd anstiegen. Der Brutto-Umsatz des Leitmediums Fernsehen sank um 3,5 % und verlor absolut mit EUR 0,6 Mrd am stärksten, ist aber mit 49,0 % Anteil am Werbeumsatz nach wie vor der größte Empfänger. Die Tageszeitungen entwickelten sich erfreulich und verzeichneten einen Zuwachs von 7,8 % bzw. EUR 0,4 Mrd. Sie bleiben mit einem Marktanteil von 16,1 % der zweitwichtigste Werbekanal in Deutschland. Die Online-Werbung wuchs um 3,8 % auf EUR 4,2 Mrd. Die Publikumszeitschriften entwickelten sich mit einem Minus von 8,1 % deutlich negativer als der Gesamtmarkt.

Geschäftsverlauf

Die durchschnittlich verkauften Auflage der Frankfurter Allgemeine Zeitung ging um 4,9 % auf 184.950 zurück (i. Vj. 194.417). Der Rückgang der Printauflage (-11,0 %) konnte nicht vollständig durch die Steigerung der E-Paper-Auflage (+8,4 %) kompensiert werden. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (F.A.S.) konnte sich mit einer durchschnittlich verkauften Auflage von 187.769 (i. Vj. 198.772) Exemplaren ebenfalls nicht dem negativen Trend entziehen. Die E-Paper-Auflage der F.A.S. konnte im Jahr 2023 einen deutlichen Anstieg von 10,7 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen.

Das Paid-Content-Produkt „FAZ+“ wird von den FAZ.Net-Nutzern stark nachgefragt und hat sich im Jahr 2023 bei Auflage und Erlösen weiter erfolgreich entwickelt. Der „FAZ+“-Abo-bestand ist im Vergleich zum Dezember 2022 um 17,4 % auf nunmehr 129.947 Stück gewachsen. Die Vertriebserlöse der Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (F.A.Z. GmbH) sind vor allem wegen der positiven Entwicklung des Digitalgeschäfts auf EUR 150,5 Mio (i. Vj. EUR 148,7 Mio) gestiegen.



Die Werbeerlöse entwickelten sich trotz Inflation sowie der unsicheren gesamtwirtschaftlichen und geopolitischen Lage im Wesentlichen planmäßig. Aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr unerwarteten Zurückhaltung der Werbetreibenden im Dezember gingen die Anzeigenerlöse leicht um 0,8 % auf EUR 57,4 Mio zurück.

Der Umsatz der digitalen Produkte insgesamt stieg um 12,0 % auf EUR 67,9 Mio.

Die sonstigen Umsatzerlöse erhöhten sich um EUR 0,4 Mio auf EUR 15,8 Mio. Dies lag im Wesentlichen an der positiven Entwicklung der Erlöse aus der Zweitverwertung.

Insgesamt stiegen die Umsatzerlöse um EUR 1,6 Mio auf EUR 223,6 Mio.

Die Gesellschaft beschäftigte durchschnittlich 744 (i. Vj. 717) Mitarbeiter (ohne Auszubildende und Volontäre), am 31. Dezember 2023 lag die Zahl der Beschäftigten bei 744 (i. Vj. 737).

Sowohl die Entwicklung der Vertrieberlöse als auch die der Werbeerlöse fiel im Vergleich zur Prognose 2023 etwas besser aus, sodass anstatt eines leichten Rückgangs der Umsatzerlöse ein Zuwachs von EUR 1,7 Mio erzielt wurde. Die gestiegenen Umsatzerlöse, ein geringerer Materialaufwand sowie das gute Finanzergebnis führten trotz einer nicht geplanten Erhöhung der Kosten für die Altersversorgung zu einem Jahresüberschuss vor Ertragsteuern von EUR 5,2 Mio, der damit leicht über dem prognostizierten Wert liegt.

Ertragslage

Die betriebliche Gesamtleistung, bestehend aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, ging um EUR 0,3 Mio auf EUR 228,8 Mio zurück.

Das Geschäftsjahr der F.A.Z. GmbH schließt mit einem Ergebnis vor Steuern von EUR 6,6 Mio ab. Das im Vergleich zum Vorjahr um EUR 12,2 Mio bessere Ergebnis vor Steuern resultiert vor allem aus dem deutlich verbesserten Finanzergebnis. So reduzierten sich die Abschreibungen auf Finanzanlagen um EUR 5,9 Mio und gleichzeitig stiegen die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen sowie die sonstigen Zinserträge in Summe um EUR 2,6 Mio. Die Umsatzerlöse sind insbesondere aufgrund der guten Entwicklung des digitalen Geschäfts um EUR 1,6 Mio auf EUR 223,6 Mio angestiegen. Der Rückgang des Materialaufwands um EUR 1,8 Mio resultiert vor allem aus den auflagenbedingt geringeren Herstellkosten der Printauflage. Die Personalaufwendungen liegen trotz eines Rückgangs der Kosten für die Altersvorsorge auf Vorjahresniveau, was im Wesentlichen auf die Zunahme der Mitarbeiteranzahl und Gehaltssteigerungen zurückzuführen ist. Die Abschreibungen auf Sachanlagen sind nach dem Wegfall der im Vorjahr wegen des Umzugs in den F.A.Z.-Tower enthaltenen Sofortabschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter und außerplanmäßigen Abschreibungen auf nicht mehr benutzte Gebäude um EUR 3,2 Mio gesunken. Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen sind um EUR 1,2 Mio gestiegen.

Gegenläufig nahmen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um EUR 1,2 Mio zu. Hier wirkten sich vor allem gestiegene Miet-, Energie und Reisekosten aus, die nicht durch den Rückgang von Werbe- und Servicekosten kompensiert werden konnten. Das Beteiligungsergebnis ging gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,1 Mio zurück.

Das Jahresergebnis vor Ertragsteuern beträgt EUR 6,5 Mio. Unter Einbeziehung des Steueraufwandes von EUR 1,4 Mio weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von EUR 5,1 Mio (i. Vj. Jahresfehlbetrag von EUR 6,7 Mio) aus.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist um EUR 15,7 Mio auf EUR 546,3 Mio gestiegen.

Das Eigenkapital stieg aufgrund des Jahresüberschusses von EUR 5,1 Mio und einer gegenläufigen Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 0,5 Mio auf EUR 239,1 Mio. Der Anstieg der Rückstellungen für Pensionen um EUR 8,1 Mio resultiert im Wesentlichen aus laufenden und zukünftig erwarteten inflationsbedingten Rentenanpassungen. Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen und des passiven Rechnungsabgrenzungsposten steht im Zusammenhang mit mietfreien Zeiten und Zuschüssen aus einem Mietverhältnis.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um EUR 5,3 Mio ist vor allem auf im Vorjahr enthaltene Verbindlichkeiten für Investitionen in den F.A.Z. Tower zurückzuführen. Die übrigen Verbindlichkeiten reduzierten sich stichtagsbedingt um EUR 2,0 Mio.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ergibt sich zum Stichtag eine Eigenkapitalquote von 43,8 % (i. Vj. 44,2 %), die trotz Jahresüberschuss wegen der überproportional gestiegenen Bilanzsumme leicht zurückgegangen ist.

Auf der Aktivseite resultiert der Anstieg der Sachanlagen um EUR 8,8 Mio vor allem aus einem Neubauprojekt in Frankfurt, das Anfang 2024 fertiggestellt wurde, und der Betriebs- und Geschäftsausstattung für den F.A.Z. Tower. Die Zunahme der Anteile an verbundenen Unternehmen um EUR 15,7 Mio betrifft im Wesentlichen die Finanzierung diverser von Tochtergesellschaften initiierten Beteiligungserwerbe. Plamäßige Tilgungen führten zum Rückgang der Ausleihungen an verbundene Unternehmen sowie Beteiligungunternehmen.

Der Anstieg der Wertpapiere des Anlagevermögens resultiert aus Umschichtungen von Liquidität in längerfristige Anlagen. Insgesamt sind die Wertpapiere des Anlagevermögens und die Bankguthaben trotz eines positiven Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit vor allem aufgrund der im Geschäftsjahr getätigten Investitionen in Sachanlagen und verbundene Unternehmen um EUR 4,7 Mio gesunken. Der deutliche Rückgang der Vorräte um EUR 2,8 Mio ergibt sich aus dem Abbau von Papierbeständen, die im Rahmen der Energie- und Beschaffungskrise 2022 aufgebaut worden sind. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um EUR 0,9 Mio höher als im Vorjahr. Die Zunahme der Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultiert im Wesentlichen aus höheren Ergebnisabführungen. Gegenläufig sind die Forderungen gegen Beteiligungen wegen geringerer Erlösabrechnungen für die Monate November und Dezember 2023 um EUR 1,8 Mio gesunken.

Finanzlage

Die Bankguthaben beliefen sich zum Stichtag auf EUR 51,3 Mio (i. Vj. EUR 60,3 Mio). Der darin enthaltene kurzfristig verfügbare Finanzmittelbestand mit einer Laufzeit von bis zu drei Monaten beträgt EUR 46,9 Mio (i. Vj. EUR 47,8 Mio).

Die Wertpapiere des Anlagevermögens erhöhten sich um EUR 4,3 Mio auf EUR 324,7 Mio. Die Anlagen erfolgen grundsätzlich in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien, ETF, Investmentfonds, Alternative Investments und Spezialfonds, die größtenteils kurzfristig liquide sind. Dem positiven operativen Cashflow i. H. v. EUR 10,8 Mio steht vor allem aufgrund von Investitionen in Sach- und Finanzanlagen ein negativer Investitions-Cashflow von EUR 11,2 Mio gegenüber.

Die Gesellschaft nimmt unverändert keine Bankkredite in Anspruch.



Gesamtbeurteilung zur wirtschaftlichen Lage

Zusammenfassend verlief das Geschäftsjahr 2023 für die F.A.Z. GmbH sehr erfreulich. Das Ergebnis vor Steuern übertraf insbesondere wegen der guten Entwicklung der Umsatzerlöse, des Finanzergebnisses und der Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften die Erwartungen. Aufgrund der guten Liquidität und der stillen Reserven in den Wertpapierbeständen ist die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft nach wie vor solide.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen sieht die Geschäftsführung weiterhin in der konsequenten Nutzung des Markennamens „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Wegen der hohen Leserakzeptanz der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ist die Geschäftsführung davon überzeugt, dass auch in Zukunft insbesondere der anspruchsvolle Journalismus mit Hintergrundinformationen und Analysen zu wirtschaftlichem Erfolg führt.

Durch die fortwährende Entwicklung von zielgruppenspezifischen Digitalprodukten, Technologien und innovativen Vertriebssystemen sollen die Geschäftsbeziehungen mit den bestehenden Kunden ausgebaut sowie neue Kundengruppen hinzugewonnen werden. Die Vertriebsorganisation und das digitale Produktmanagement haben sich daher konsequent auf den Kunden-Lebenszyklus ausgerichtet. Die weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Paid-Content-Produkt „FAZ+“ wird durch flankierende Maßnahmen unterstützt. So wird das Portfolio um themenspezifische Newsletter unter dem Namen „F.A.Z. PRO“ ergänzt, mit denen neue Zielgruppen gewonnen und dem Hauptprodukt „FAZ+“ zugeführt werden.

Für die digitale Transformation wurden die Bereiche Onlinejournalismus, Audio, Video, Bild, Multimedia und Datenjournalismus mit dem Ziel der Stärkung des digitalen Qualitätsjournalismus ausgebaut.

Die Anzeigenkooperation mit der Süddeutsche Zeitung GmbH hat sich bewährt. Die gemeinsame Gesellschaft Republic Marketing & Media Solutions GmbH arbeitet an markenübergreifenden Vermarktungsansätzen und entwickelt maßgeschneiderte Lösungen und Konzepte für die Anzeigenkunden der Verlage.

Die Risiken werden in qualitativ absteigender Reihenfolge hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen erläutert.

Das demographisch bedingte Schrumpfen des Print-Lesermarkts und das Abwandern von Anzeigenwerbung in die elektronischen Medien stellen weiterhin substanzelle Risiken für die F.A.Z. GmbH dar.

Die rasante Entwicklung der Künstliche-Intelligenz-Systeme könnte zu Risiken für den Journalismus führen. Durch die Integration in Suchmaschinen kann die KI in kürzester Zeit aktuelle Nachrichten und Texte erstellen und damit unter Umständen die Entwicklung der Paid-Content-Angebote sowie die Zweitverwertung von Artikeln gefährden. Zur Abgrenzung von KI-generierten Inhalten und Wahrung der Glaubwürdigkeit der Marke sowie der selbsterstellten Inhalten hat die F.A.Z.-Redaktion Grundsätze zur Nutzung der Künstlichen Intelligenz definiert (vgl. Trust Initiative Frankfurter Allgemeine Zeitung (faz.net)). Auf der anderen Seite bietet die KI das Potenzial, um die Effizienz im Unternehmen durch bessere Entscheidungen, Automatisierung und Optimierung von Prozessen deutlich zu steigern.

Das Unternehmen ist sich der besonderen unternehmerischen Herausforderung in diesem Umfeld bewusst und arbeitet ständig an der Verbesserung von Technologien, Prozessen und journalistischen Angeboten.

Die F.A.Z. GmbH und die Frankfurter Societät GmbH, Frankfurt am Main, entwickeln derzeit den ehemaligen Unternehmenssitz an der Hellerhofstraße im Rahmen zweier Immobilien-Joint-Ventures zu einem urbanen Quartier mit gut 500 Mietwohnungen, 17.000 Quadratmeter Büroflächen, zwei Kindertagesstätten sowie 3.500 Quadratmeter für Einzelhandel und Gastronomie. Um mögliche Risiken hieraus frühzeitig zu erkennen, wird das Projekt kontinuierlich durch interne Mitarbeiter und externe Berater begleitet sowie regelmäßig durch den Immobilienausschuss des Aufsichtsrats überwacht.

Das Jahr 2023 war geprägt durch deutliche Kursgewinne an den Aktien- und Anleihenmärkten. Die positive Entwicklung am Aktienmarkt wurde insbesondere von Technologiewerten mit Potential im Bereich „Künstliche Intelligenz“ getrieben. Sollten die Zentralbanken im Jahr 2024 die ersten Zinsenkungsschritte vornehmen, würde sich dies positiv auf die Bestandskurse der festverzinslichen Wertpapiere auswirken und damit Abwertungsrisiken verringern. Geopolitische Risiken, wie der Konflikt zwischen Israel und der Hamas, aber auch die Spannungen zwischen USA und China sowie die US-Wahlen könnten die Kapitalmärkte 2024 belasten. Darüber hinaus sind aufgrund der konservativen und diversifizierten Anlagestrategie ausreichende Reserven vorhanden und keine signifikanten finanzwirtschaftlichen Risiken absehbar.

Die Gesellschaft verfügt über bewährte Planungs-, Kontroll- und Steuerungssysteme, die ein effektives Risikomanagement gewährleisten.

Es bestehen keine entwicklungsbeeinträchtigenden und bestandsgefährdenden Risiken, zumal die Gesellschaft über eine gute Liquidität verfügt.

Prognosebericht

Die Geschäftsführung der F.A.Z. GmbH geht auch für das Geschäftsjahr 2024 von einer weiterhin rückläufigen medienwirtschaftlichen Entwicklung aus, die sich vor allem in einem leichten Rückgang der Werbeerlöse auswirken wird. Die Vertriebserlöse sollten sich aufgrund des Ausbaus des Digitalgeschäfts auf Vorjahresniveau halten. Insgesamt ist mit einem Rückgang der Umsatzerlöse im unteren einstelligen Millionenbereich zu rechnen.

Der Fokus der Geschäftsführung liegt weiterhin auf der digitalen Transformation der Produktwelt der F.A.Z. und deren Monetarisierung. Die Kosten sollten sich trotz inflationsbedingter Preissteigerungen auf Vorjahresniveau halten.

Die Geschäftsführung erwartet aufgrund stabiler Vertriebserlöse, positiver Zinsänderungseffekte und der bereits im Jahr 2023 antizipierten Wirkung der Inflation auf die Rentenanpassungen der beiden Folgejahre bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen sowie einem guten Beteiligungsergebnis für das Geschäftsjahr 2024 ein positives Jahresergebnis vor Ertragsteuern im unteren zweistelligen Millionenbereich.

Frankfurt am Main, den 24. Mai 2024

Frankfurter Allgemeine Zeitung



Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführung

Anlage zum Lagebericht

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit gemäß § 21 des Gesetzes zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern (Entgelttransparenzgesetz - EntTranspG) für die Geschäftsjahre 2018 bis einschließlich 2022 der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Nach Maßgabe des Entgelttransparenzgesetzes erstellt die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH als Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Beschäftigten einen Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit und veröffentlicht diesen als Anlage zum Lagebericht im Bundesanzeiger. Der Inhalt des Berichts bestimmt sich nach § 21 EntgTranspG

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH ist ein tarifgebundenes Unternehmen, es gilt der Manteltarifvertrag für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen sowie der Gehaltstarifvertrag für Redakteurinnen und Redakteuren an Tageszeitungen. Der Berichtszeitraum umfasst gemäß § 22 Abs. 1 EntgTranspG die vergangenen fünf Jahre, d.h. die Jahre 2018 bis einschließlich 2022.

Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkungen (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 EntgTranspG)

Unter der Gleichstellung von Frauen und Männern versteht die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH sämtliche Maßnahmen, die der Angleichung der Lebenssituation von männlichen und weiblichen Mitarbeitern mit einem besonderen Fokus auf die Möglichkeiten zur persönlichen und beruflichen Entfaltung dienen.

Dabei bietet die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH diverse Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. Dazu zählt eine generelle flexible Arbeitszeitregelung sowie vielfältige individuell-flexible Arbeitszeitlösungen. Hierzu gehören Vollzeit- und Teilzeitarbeit mit flexiblen Arbeitszeiten für Mitarbeiter/innen. Außerdem bietet die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH Möglichkeiten zur Teilzeittätigkeit während der Elternzeit. Es können auch befristete Vollzeit- und Teilzeitarbeit, temporäre unbezahlte Freistellungen sowie verschiedenste Sabbaticals vereinbart werden. Darüber hinaus unterhält die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH verschiedene Entwicklungsprogramme für qualifizierte Mitarbeiter/innen, um diese besser zu fördern. So werden im Rahmen des sogenannten Rollenentdecker-Coachings weibliche Fach- und Führungskräfte in der Phase der Familiengründung bzw. -erweiterung mit Blick auf ihren beruflichen Wiedereinstieg nach einer Elternzeit sowie ihre weitere Karriereplanung durch verschiedene Maßnahmen beraten und unterstützt. Das neu entwickelte Programm „Midterm Careers“, das ab April 2023 umgesetzt wird, fördert Mitarbeiter/innen, die aufgrund von Familienarbeit (Elternzeit, Pflege etc.) länger abwesend waren oder in Teilzeit gearbeitet haben und sich nun innerhalb des Unternehmens beruflich weiterentwickeln möchten, durch individuelle Beratung und gezielte Weiterbildungsmaßnahmen.

Seit Sommer 2019 besteht überdies die Möglichkeit, nach Maßgabe der Regelungen der Betriebsvereinbarung Mobiles Arbeiten mobil außerhalb der Betriebsstätte zu arbeiten. Damit soll u.a. insbesondere Frauen, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit den überwiegenden oder vollständigen Teil der Kinderbetreuungsaufgaben übernehmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden.

Die aufgezeigten Maßnahmen haben weiter dazu beigetragen, dass der Anteil der weiblichen Führungskräfte sowohl auf der ersten als auch der zweiten Führungsebene (unterhalb der Ebene der Geschäftsführung) seit dem Geschäftsjahr 2017 gestiegen ist: Derzeit sind ca. 25 % der Führungskräfte auf der ersten Führungsebene und ca. 40 % auf der zweiten Führungsebene weiblich.

Außerdem ist die durchschnittliche Zahl der weiblichen in Vollzeit Beschäftigten seit 2017 gestiegen.

Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer (§ 21 Abs. 1 Nr. 2 EntgTranspG)

Gehaltsstrukturen werden bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH durch die jeweils geltenden Tarifverträge bei den tarifgebundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgegeben bzw. bei den nicht-tarifgebundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beeinflusst. Stellen werden nach einer in den Tarifverträgen vorgegebene Systematik bewertet und einer Entgeltgruppe zugeordnet. Dabei spielt das Geschlecht des Stelleninhabers keine Rolle. Aus Sicht der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH gewährleistet das Tarifsystem mit hoher Zuverlässigkeit, dass Entgelte vergleichbarer Stellen beziehungsweise Funktionen nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht unterschiedlich ausfallen. Weitere Maßnahmen sind daher aus Sicht der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH nicht erforderlich, um die Entgeltgleichheit für Frauen und Männer herzustellen. Darüber hinaus führt die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH gemeinsam mit dem Betriebsrat regelmäßig Gehaltsüberprüfungen durch, die mit dem Ziel verbunden sind, etwaig doch (noch) nicht bestehende Entgeltgleichheit sicherzustellen.

Angaben zur Gesamtzahl der Mitarbeiter und zu Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigte (§ 21 Abs. 2 EntgTranspG)

Im Geschäftsjahr 2022 waren bei der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH durchschnittlich 372 weibliche und 412 männliche Mitarbeiter beschäftigt. Davon waren im Durchschnitt 100 weibliche Mitarbeiter und 24 männliche Mitarbeiter in Teilzeit tätig. Die übrigen Mitarbeiter, also durchschnittlich 272 Frauen und 388 Männer, waren in Vollzeit beschäftigt.

Damit ergeben sich im Vergleich zum letzten Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit bezogen auf das Geschäftsjahr 2017 folgende Veränderungen:

Die durchschnittliche Gesamtzahl der insgesamt Beschäftigten ist von 815 im Geschäftsjahr 2017 auf 784 im Geschäftsjahr 2022 gesunken. Dabei ist die durchschnittliche Gesamtzahl der weiblichen Mitarbeiter gestiegen (von 338 auf 372), die durchschnittliche Gesamtzahl der männlichen Mitarbeiter ist gesunken (von 447 auf 412).

Die durchschnittliche Zahl der weiblichen in Teilzeit Beschäftigten ist gesunken (von 107 auf 100); dafür ist die durchschnittliche Zahl der weiblichen in Vollzeit Beschäftigten gestiegen (von 231 auf 272)

Die durchschnittliche Zahl der männlichen in Teilzeit Beschäftigten ist gesunken (von 36 auf 24), ebenso gesunken ist die durchschnittliche Zahl der männlichen in Vollzeit Beschäftigten (von 441 auf 388)



Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	31.12.2023		31.12.2022	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	119.751,84		30	
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.052.476,90		9.430	
2. Technische Anlagen und Maschinen	835.763,00		26	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.129.090,35		4.073	
4. Geleistete Anzahlungen	13.074.683,59	32.092.013,84	9.793	23.322
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	58.632.445,65		42.932	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.280.000,00		7.480	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	612.500,00		980	
4. Beteiligungen	36.572.773,90		36.770	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	324.723.436,02		320.381	
6. Sonstige Ausleihungen	197.111,24	427.018.266,81	192	408.735
		459.230.032,49		432.087
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		883.799,62		3.651
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.159.361,45		8.308	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.577.978,91		4.731	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.089.124,93		12.917	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	6.249.284,62	32.075.749,91	6.791	32.747
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		51.343.367,88		60.348
		84.302.917,41		96.746
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.526.401,51		1.780



	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2022 TEUR	TEUR
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	255.065,18	546.314.416,59	0	530.613
Passiva				
	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2022 TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	36.784.000,00		36.784	
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklagen	73.568.000,00		73.568	
2. Andere Gewinnrücklagen	105.000.000,00	178.568.000,00	105.000	178.568
III. Bilanzgewinn		23.704.000,00		19.102
		239.056.000,00		234.454
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	261.903.214,00		253.800	
2. Steuerrückstellungen	437.448,94		456	
3. Sonstige Rückstellungen	18.129.700,36		10.958	
	280.470.363,30		265.214	
C. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	242.716,49		233	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.974.422,59		13.325	
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.575.508,16		3.666	
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.807.917,14		2.027	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.138.974,85		2.823	
- davon aus Steuern EUR 871.923,61 (i. Vj. TEUR 927) -				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 92.251,12 (i. Vj. TEUR 71) -	14.739.539,23		22.074	
D. Rechnungsabgrenzungsposten	12.048.514,06		8.871	
	546.314.416,59		530.613	



Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	2023	2022
	EUR	EUR
	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	223.619.626,45	221.984
2. Bestandsveränderung	0,00	-6
3. Sonstige betriebliche Erträge	5.165.028,54	7.126
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.251.491,19	10.727
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	30.056.486,67	39.307.977,86
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	62.117.839,46	58.832
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	26.146.566,01	88.264.405,47
- davon für Altersversorgung: EUR 16.007.764,29 (i. Vj. TEUR 19.758) -		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.833.019,23	5.022
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	99.217.564,40	98.054
8. Erträge aus Beteiligungen	830.596,66	1.928
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 13.185,60 (i. Vj. TEUR 13) -		
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	5.528.650,00	4.276
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3.908.318,39	3.271
- davon aus verbundenen Unternehmen EUR 276.010,28 (i. Vj. TEUR 280) -		
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.241.100,69	278
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	1.052.354,02	6.981
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.935.444,48	4.910
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme	33.220,00	304
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.400.225,00	912
16. Ergebnis nach Steuern	5.249.110,27	-6.453
17. Sonstige Steuern	147.110,27	277
18. Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)	5.102.000,00	-6.730
19. Gewinnvortrag	18.602.000,00	25.832
20. Bilanzgewinn	23.704.000,00	19.102



Anhang für das Geschäftsjahr 2023

1. Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Frankfurt am Main (Amtsgericht Frankfurt am Main; HRB 7344) wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 und zum Vorjahrstichtag eine große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Erworbane immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern der Ansatz mit einem niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich ist. Soweit sich herausstellt, dass die Gründe für vorgenommene Abschreibungen nicht mehr bestehen, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten. Auf die Ausübung von Aktivierungswahlrechten wurde verzichtet. Als Nutzungsdauer werden regelmäßig zwei bis sechs Jahre zugrunde gelegt, wenn sich nicht ein abweichender Zeitraum, beispielsweise aufgrund einer vertraglichen Laufzeit, ergibt.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 250,00) werden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe als aufwandswirksam erfasst. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von über EUR 250,00 bis EUR 800,00 werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die Gebäude werden über eine Nutzungsdauer von höchstens 50 Jahren abgeschrieben. Die Nutzungsdauer für das bewegliche Anlagevermögen beträgt bei Maschinen und maschinellen Anlagen 10 bis 20 Jahre und bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Die Abschreibungen werden überwiegend linear vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert erfolgen bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung. Soweit sich herausstellt, dass die Gründe für vorgenommene Abschreibungen nicht mehr bestehen, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen, die Ausleihungen an verbundene Unternehmen, die Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und die sonstigen Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Abschreibungen werden nur bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen. Soweit sich herausstellt, dass die Gründe für vorgenommene Abschreibungen nicht mehr bestehen, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Kursen am Bilanzstichtag bewertet. Eine Abschreibung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert erfolgt, wenn mit einer andauernden Unterschreitung des Buchwertes zu rechnen ist. Sofern sich herausstellt, dass die Gründe für vorgenommene Abschreibungen nicht mehr bestehen, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der Anschaffungskosten.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag angesetzt. Erkennbare Risiken sowie das allgemeine Ausfallrisiko werden durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Innerhalb der Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder in Höhe von TEUR 4.367 (i. Vj. TEUR 12.500) mit einer Laufzeit zwischen drei Monaten bis zu fünf Jahren enthalten.

Bei der Ermittlung der latenten Steuern ergibt sich eine Steuerentlastung, die durch Nichtanwendung des Wahlrechtes des § 274 Abs. 1 HGB nicht ausgewiesen wird.

Die Pensionsverpflichtungen wurden gutachterlich unter Verwendung des Teilwertverfahrens bewertet und mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Dabei wurden die Richttafeln 2018G nach Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Zukünftige Anpassungen der Versorgungsleistungen wurden, wie im Vorjahr, durch einen Gehaltstrend von 2,00 % p. a. und einen Rententrend von 2,10 % p. a. berücksichtigt. Der Sondereffekt aus den zu erwarteten über dem Rententrend liegenden inflationsbedingten Rentenanpassungen der Jahre 2024 und 2025 wird bereits in der Pensionsverpflichtung zum 31.12.2023 antizipiert.

Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen beläuft sich auf 1,83 % (i. Vj. 1,78 %). Es handelt sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren zum Bilanzstichtag. Der Unterschiedsbetrag zur Verwendung eines durchschnittlichen Marktzinses von sieben Jahren beträgt am 31. Dezember 2023 TEUR 3.182. Dieser ist gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB ausschüttungsgesperrt. Der Ertrag aus dem Zinsänderungseffekt i. H. v. TEUR 1.938 (i. Vj. Aufwand TEUR 3.515) wird im Personalaufwand unter den Aufwendungen für die Altersversorgung ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen für Betriebsjubiläen und Altersteilzeitverpflichtungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen bestehen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwedenden Geschäften. Sie sind so bemessen, dass sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung den erkennbaren Risiken Rechnung tragen und sind unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre, wie er von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben wird, abgezinst.



Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wird für Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen, gebildet.

3. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023 ergibt sich aus dem als Anlage 1 zum Anhang beigefügten Anlagenspiegel. In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 1 (i. Vj. TEUR 2.208) enthalten.

4. Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Angaben nach § 285 Nr. 11 HGB werden in der Anlage 2 zum Anhang gemacht.

5. Wertpapiere des Anlagevermögens

Unter den Wertpapieren befindet sich auch eine Master-Kapitalverwaltungsgesellschaft (Master-KVG) in Form eines Sondervermögens mit einem Zeitwert von TEUR 200.978, das in vier Segmente unterteilt ist. Hiervon verfolgen drei Segmente das Ziel, eine stetige positive Rendite bei möglichst geringer Schwankungsbreite (Total-Return-Ansatz) zu erwirtschaften. Das Anlageziel des vierten Segments ist es, die vereinbarte Benchmark zu übertreffen. Die Kursreserve des Spezialvermögens beläuft sich auf TEUR 41.182. Im Geschäftsjahr wurden aus dieser Finanzanlage Ausschüttungen von TEUR 144 vereinnahmt (i. Vj. TEUR 91).

In den Finanzanlagen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von TEUR 62.348 enthalten, deren beizulegender Zeitwert am Bilanzstichtag TEUR 58.674 beträgt. Eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wurde nicht vorgenommen. Als Indizien, die für eine andauernde Wertminderung sprechen, wurden die Kriterien des Instituts der Wirtschaftsprüfer (VFA RS 2, Tz. 19) herangezogen:

- Der Zeitwert des Wertpapiers liegt in den dem Bilanzstichtag vorausgehenden sechs Monaten permanent um mehr als 20 % unter dem Buchwert oder
- der Durchschnittswert der täglichen Börsenkurse des Wertpapiers liegt in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10 % unter dem Buchwert.

Bei festverzinslichen Wertpapieren, für die die Absicht und die objektiven Voraussetzungen bestehen, sie bis zur Endfälligkeit zu halten, erfolgt eine Wertminderung nur dann, wenn sich die Bonität des Emittenten wesentlich verschlechtert hat.

Die Kursverluste sind wirtschaftlich betrachtet in vollem Umfang durch stille Reserven in anderen Wertpapieren gedeckt.

Die Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens von TEUR 802 (i. Vj. TEUR 4.219) entfallen in Höhe von TEUR 605 (i. Vj. TEUR 2.330) auf Aktien und Investmentfonds, in Höhe von TEUR 197 (i. Vj. TEUR 124) auf festverzinsliche Wertpapiere und mit TEUR 0 (i. Vj. TEUR 1.765) auf das mit den Pensionsrückstellungen verrechnete Deckungsvermögen.

6. Sonstige Ausleihungen

In dem Posten sonstige Ausleihungen sind verzinsliche Ausleihungen an Gesellschafter von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 5) enthalten.

7. Forderungen

Die Forderungen sind wie im Vorjahr sämtlich innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen wie im Vorjahr den Verrechnungsverkehr in Bezug auf Lieferungen und Leistungen, Ergebnisabführungsverträge, umsatzsteuerliche Organschaften und Zinsen auf Darlehen.

Die Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen betreffen wie im Vorjahr vollständig den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

8. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 6.249 sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

9. Eigenkapital

Der Bilanzgewinn entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Bilanzgewinn 31. Dezember 2022	19.102
Gewinnausschüttung	-500
Gewinnvortrag 31. Dezember 2023	18.602



	TEUR
Jahresüberschuss	5.102
Bilanzgewinn 31. Dezember 2023	23.704

Der nach § 268 Abs. 8 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag beläuft sich auf TEUR 861 und resultiert vollständig aus der Zeitwertbewertung des mit den Pensionsrückstellungen verrechneten Deckungsvermögens.

Der nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag betreffend den Unterschiedsbetrag aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen zwischen Verwendung eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zu sieben Jahren beläuft sich auf TEUR 3.182.

10. Pensionsrückstellungen

Ein Teilbetrag der Pensionsrückstellung in Höhe von TEUR 24.732 (i. Vj. TEUR 23.783) wurde mit dem zum Zeitwert bewerteten Deckungsvermögen in Höhe von TEUR 24.987 (i. Vj. TEUR 23.379) (historische Anschaffungskosten TEUR 24.126; i. Vj. TEUR 22.235) verrechnet. Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips für inländische Wertpapiere die Kurse an deutschen Börsen zugrunde gelegt. Für ausländische Wertpapiere wurde der Kurs der jeweiligen Heimatbörse herangezogen. Bei nicht börsennotierten Investmentanteilen wurde auf die Rücknahmepreise abgestellt. Auf eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet. Im Geschäftsjahr 2023 besteht ein aktiver Überhang in Höhe von TEUR 255. Im Vorjahr wurde ein passiver Überhang als Teil der Pensionsrückstellungen ausgewiesen (TEUR 404).

11. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Personalaufwendungen sowie aus Mietverpflichtungen. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für Remissionen, für ausstehende Rechnungen, für Archivierungskosten sowie für Prozessrisiken gebildet.

12. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen wie im Vorjahr den Verrechnungsverkehr in Bezug auf Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführungsverträgen und umsatzsteuerlichen Organschaften.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen wie im Vorjahr vollständig den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig.

13. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen wesentlichen finanziellen Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt TEUR 96.573. Vom Gesamtbetrag sind TEUR 8.362 im nächsten Geschäftsjahr fällig.

14. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahrs setzen sich wie folgt zusammen:

	Inland	Ausland	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR
Anzeigenerlöse	57.376	0	57.376
Vertriebserlöse	141.590	8.880	150.470
	198.966	8.880	207.846
Sonstige Erlöse	14.433	1.341	15.774
	213.399	10.221	223.620

15. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge, die insbesondere aus Anlagenabgängen und der Auflösung von Rückstellungen, sowie aus der Zuschreibung von Finanzanlagen resultieren, von TEUR 3.490 (i. Vj. TEUR 4.826) enthalten. Im Geschäftsjahr sind Währungsgewinne in Höhe von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 6) angefallen.

16. Sonstige betriebliche Aufwendungen



In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 98 (i. Vj. TEUR 344) enthalten. Diese resultieren insbesondere aus Mindererlösen aus Anlagenabgängen. Im Geschäftsjahr sind Währungsverluste in Höhe von TEUR 27 (i. Vj. TEUR 74) angefallen.

17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der auf die Pensionsrückstellungen entfallende laufende Aufwand aus der Aufzinsung beträgt TEUR 4.935 (i. Vj. TEUR 4.910).

18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten den Steueraufwand des Geschäftsjahrs 2023 in Höhe von TEUR 1.400.

19. Ergebnisverwendung

Geschäftsführung und Aufsichtsrat schlagen vor, aus dem sich nach dem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 5.102.000,00 ergebenden Bilanzgewinn von EUR 23.704.000,00 einen Betrag von EUR 750.000,00 an die Gesellschafterin FAZIT-STIFTUNG Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH auszuschütten und den verbleibenden Betrag von EUR 22.954.000,00 auf neue Rechnung vorzutragen.

20. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer

	2023	2022
	Anzahl	Anzahl
Gehaltsempfänger	744	717
Volontäre	14	11
	758	728
Auszubildende	19	19
	777	747

21. Latente Steuern

Der nicht angesetzte Überhang aktiver Steuerlatenzen ergibt sich aus Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen sowie aus werthaltigen Verlustvorträgen zur Körperschaft- und Gewerbesteuer. Die daraus resultierenden temporären Differenzen übersteigen die steuerpflichtigen temporären Differenzen aus Finanzanlagen. Der Berechnung liegt ein kombinierter Steuersatz von rund 30 % zugrunde.

22. Gesamtbezüge der Geschäftsführung und Beziehe der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Gesellschaft macht bezüglich der Beziehe der Geschäftsführung von der Anwendung der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB i. V. m. § 285 Nr. 9 a) HGB Gebrauch.

Die Gesamtbezüge früherer Geschäftsführungsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 1.267. Für diese Personen werden zum Bilanzstichtag Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 20.462 ausgewiesen.

Im Jahr 2023 wurden insgesamt TEUR 226 für Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrats aufgewandt.

23. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2023 und gehören zurzeit die folgenden Personen an:

- Professor Dr. Dr. Andreas Barner (Vorsitzender), bis zum 30. Juni 2023 Mitglied des Gesellschafterausschusses C.H. Boehringer Sohn AG & Co. KG, Ingelheim
- Dr. Karl Hans Arnold (stellvertretender Vorsitzender), Verleger, Düsseldorf
- Marika Lulay, CEO GFT Technologies SE, Heppenheim (seit dem 23. April 2024)
- Dr. Katarzyna Mol-Wolf, Verlegerin, Hamburg
- Stefan Quandt, Unternehmer, Bad Homburg
- Dr. Joachim Rosengarten, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main



•Ulrich Wilhelm, Jurist und Journalist, Berlin

24. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft waren im Jahr 2023 und sind zurzeit:

- Thomas Lindner, Vorsitzender der Geschäftsführung,
- Dr. Volker Breid, kaufmännischer Geschäftsführer.

25. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach § 285 Nr. 33 HGB sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

26. Konzernabschluss

Die Muttergesellschaft FAZIT-STIFTUNG Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, ist das Konzernunternehmen, das den Konzernabschluss für den größten/kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt. Der Konzernabschluss wird im Unternehmensregister veröffentlicht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung selbst stellt mit Verweis auf § 291 HGB keinen eigenen Konzernabschluss auf.

Die Angabe des Gesamthonors des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernabschluss der FAZIT-STIFTUNG Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main.

Frankfurt am Main, den 24. Mai 2024

**Frankfurter Allgemeine Zeitung
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Die Geschäftsführung

Die Feststellung des Jahresabschlusses erfolgte am 20. Juni 2024.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungskosten				31.12.2023
	1.1.2023	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	20.458.223,47	115.000,00	0,00	0,00	20.573.223,47
	20.458.223,47	115.000,00	0,00	0,00	20.573.223,47
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	33.250.963,05	622.548,32	0,00	0,00	33.873.511,37
2. Technische Anlagen und Maschinen	9.341.150,70	862.319,74	0,00	0,00	10.203.470,44



Anschaffungskosten					
	1.1.2023	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.817.814,07	2.795.441,14	3.044.495,35	374.371,83	43.283.378,73
4. Geleistete Anzahlungen	9.792.580,32	6.326.598,62	-3.044.495,35	0,00	13.074.683,59
	90.202.508,14	10.606.907,82	0,00	374.371,83	100.435.044,13
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	79.134.741,83	15.700.000,00	0,00	75.000,00	94.759.741,83
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	11.680.000,00	500.000,00	0,00	1.700.000,00	10.480.000,00
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	980.000,00	0,00	0,00	367.500,00	612.500,00
4. Beteiligungen	37.020.273,90	52.500,00	0,00	0,00	37.072.773,90
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	324.522.524,71	32.535.909,09	0,00	29.067.374,11	327.991.059,69
6. Sonstige Ausleihungen	191.903,17	37.928,46	0,00	32.720,39	197.111,24
	453.529.443,61	48.826.337,55	0,00	31.242.594,50	471.113.186,66
	564.190.175,22	59.548.245,37	0,00	31.616.966,33	592.121.454,26
Kumulierte Abschreibungen					
	1.1.2023	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	20.427.997,63	25.474,00	0,00	0,00	20.453.471,63
	20.427.997,63	25.474,00	0,00	0,00	20.453.471,63
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.821.033,47	1,00	0,00	0,00	23.821.034,47
2. Technische Anlagen und Maschinen	9.315.310,70	52.396,74	0,00	0,00	9.367.707,44
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33.744.625,72	1.755.147,49	0,00	345.484,83	35.154.288,38
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00



	Kumulierte Abschreibungen					31.12.2023 EUR
	1.1.2023 EUR	Zugänge EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR		
	66.880.969,89	1.807.545,23	0,00	345.484,83	68.343.030,29	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	36.202.296,18	0,00	0,00	75.000,00	36.127.296,18	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.200.000,00	0,00	0,00	0,00	4.200.000,00	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
4. Beteiligungen	250.000,00	250.000,00	0,00	0,00	500.000,00	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	4.142.082,92	802.354,02	826.162,93	850.650,34	3.267.623,67	
6. Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
	44.794.379,10	1.052.354,02	826.162,93	925.650,34	44.094.919,85	
	132.103.346,62	2.885.373,25	826.162,93	1.271.135,17	132.891.421,77	
	Restbuchwerte					
			31.12.2023			31.12.2022
			EUR			EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		119.751,84			30.225,84	
		119.751,84			30.225,84	
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		10.052.476,90			9.429.929,58	
2. Technische Anlagen und Maschinen		835.763,00			25.840,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		8.129.090,35			4.073.188,35	
4. Geleistete Anzahlungen		13.074.683,59			9.792.580,32	
		32.092.013,84			23.321.538,25	
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		58.632.445,65			42.932.445,65	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		6.280.000,00			7.480.000,00	
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		612.500,00			980.000,00	



	Restbuchwerte	
	31.12.2023	31.12.2022
	EUR	EUR
4. Beteiligungen	36.572.773,90	36.770.273,90
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	324.723.436,02	320.380.441,79
6. Sonstige Ausleihungen	197.111,24	191.903,17
	427.018.266,81	408.735.064,51
	459.230.032,49	432.086.828,60

Angaben nach § 285 Nr. 11 HGB

Gesellschaften (31. Dezember 2023)	Höhe des Anteils am Kapital	Eigenkapital zum 31.12.2023		Ergebnis in 2023
		%	TEUR	
1) DA Verlag GmbH, Frankfurt am Main	100,00	13.356		-31
2) DZV Deutscher Zeitungsverlag GmbH, Frankfurt am Main	100,00	18		0 ¹
3) F.A.Z. Electronic Media GmbH, Frankfurt am Main	100,00	2.750		0 ¹
4) F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	2.600		0 ¹
F.A.Z. Kaufkompass GmbH (vormals AllesBeste GmbH), München	65,00	1.076		689
5) Fazit Communication GmbH, Frankfurt am Main	100,00	7.560		0 ¹
3st Kommunikation GmbH, Mainz	50,04	2.975		1.152 ²
6) F.A.Z. Business Media GmbH, Frankfurt am Main	100,00	2.102		0 ¹
a) Passion4Business GmbH, Berlin	25,10	580		129 ²
b) GovShare GmbH, Pullach im Isartal	37,00	213		-59 ²
7) GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH, München	50,00	817		597
8) rosa & leo GmbH, Frankfurt am Main	100,00	-19		0
9) MainCom Telemarketing Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	25		0 ¹
10) Medienservice Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	28		1
11) Medienservice GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	2.636		629
a) Medienservice Logistik Center GmbH, Mörfelden-Walldorf	100,00	202		94
b) M-LOG GmbH, Frankfurt am Main	25,10	300		-23 ²
12) Boxit GmbH, Frankfurt am Main	49,00	889		719 ²
13) PE Hellerhöfe F.A.Z. GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	61.900		678 ²
14) PE Hellerhöfe F.A.Z. Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	25		2 ²



Gesellschaften (31. Dezember 2023)	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital zum 31.12.2023 TEUR	Ergebnis in 2023	
			TEUR	TEUR
15) Republic Media & Marketing Solutions GmbH, Berlin	50,00	1.781		681
16) RheinMainMedia GmbH, Frankfurt am Main	25,10	940		24 ²
17) Stiftung F.A.Z.-Leser helfen Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	100,00	294		-15 ²
18) FAZ Career Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	14.097		1.617
a) IQB Career Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	3.467		0 ¹
aa) MYJOBFAIR GmbH, Frankfurt am Main	100,00	58		0 ¹
b) Xfinance GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	201		1
c) Xfinance Verwaltungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	81		1
d) Squeaker.net GmbH, Köln	100,00	2.376		388

¹ Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

² Jahresabschluss zum 31.12.2022

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung,

Frankfurt am Main

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Frankfurter Allgemeine Zeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.



Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.



Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 24. Mai 2024

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wetzel, Wirtschaftsprüfer

Strzalkowski, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates an die Gesellschafterversammlung zum Geschäftsjahr 2023

gemäß § 15 Abs. 7 des Gesellschaftsvertrages i.V.m. § 171 Abs. 2 AktG

Der Aufsichtsrat der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (F.A.Z.) hat die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Er hat sich während des Berichtszeitraumes in vier Sitzungen und durch Vorlage von Monatsberichten umfassend über den Gang der Geschäfte, der Lage der Gesellschaft und des Konzerns sowie grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unterrichten lassen und die Geschäftsführung der F.A.Z. auch sonst beratend begleitet. Der Aufsichtsrat hat jeweils die Entscheidungen getroffen, die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag übertragen sind.

Der Aufsichtsrat hat den von der Geschäftsführung vorgelegten Jahresabschluss sowie den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung waren Einwendungen nicht zu erheben.

Der Jahresabschluss sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 wurde von der mit Beschluss vom 26. Juni 2023 zur Abschlussprüferin bestellten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft. Die Abschlussprüfer haben mit Datum vom 24. Mai 2024 den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Aufsichtsrat hat den Prüfungsergebnissen der Abschlussprüfer zugestimmt.

Professor Dr. Dr. Andreas Barner, Vorsitzender des Aufsichtsrats